



Metis

Studie

Frieden in Sicht?

Armenien, Aserbaidshan und der Konflikt um (Berg)Karabach

Nr. 30 | November 2022

Metis Studien geben die Meinung der Autor*innen wieder. Sie stellen nicht den Standpunkt der Bundeswehr, des Bundesministeriums der Verteidigung oder der Universität der Bundeswehr München dar. Metis Studien richten sich an die politische Praxis. Sie werten Fachliteratur, Reports, Presstexte sowie Hintergrundgespräche mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Ministerien und Denkfabriken aus. Auf Referenzen wird verzichtet. Rückfragen zu Quellen können per Email an die Autor*innen gerichtet werden.

Institut für
Strategie & Vorausschau

Zusammenfassung

Der Konflikt zwischen Aserbaidschan und Armenien um die Provinz Bergkarabach ist seit über drei Dekaden eines der dominanten Unsicherheitsfelder im postsowjetischen Raum. Im Laufe der letzten Jahre, insbesondere seit dem russischen Überfall auf die Ukraine, entwickelte sich Bergkarabach auch zu einer weiteren Konfliktlinie

zwischen Russland und dem Westen. Die EU kann bei der Vermittlung und Beilegung dieses Konflikts eine hervorgehobene Rolle spielen, allerdings nur, wenn sie in diesem Prozess historische Sensibilitäten und gegenwärtige nationale Zwänge ebenso berücksichtigt wie bestehende geopolitische Realitäten.

Die Ursprünge des heutigen Konflikts

Der Konflikt um die im vornehmlich muslimisch geprägten Aserbaidschan gelegene und traditionell mehrheitlich von christlich-orthodoxen Armeniern bewohnte Provinz Bergkarabach¹ besteht bereits seit der Zeit des Russischen Kaiserreiches. Trotzdem ist er primär, wie auch andere „eingefrorene“ Konflikte im heutigen post-sowjetischen Raum, ein strukturelles Vermächtnis der Nationalitätenpolitik der jungen UdSSR (Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken).² Damals wurden die Grenzen der neu entstehenden Sowjetrepubliken bewusst gegen die vorherrschenden ethnischen und linguistischen Mehrheitsverhältnisse vor Ort gezogen, um nationalistischen und separatistischen Tendenzen entgegenzuwirken.

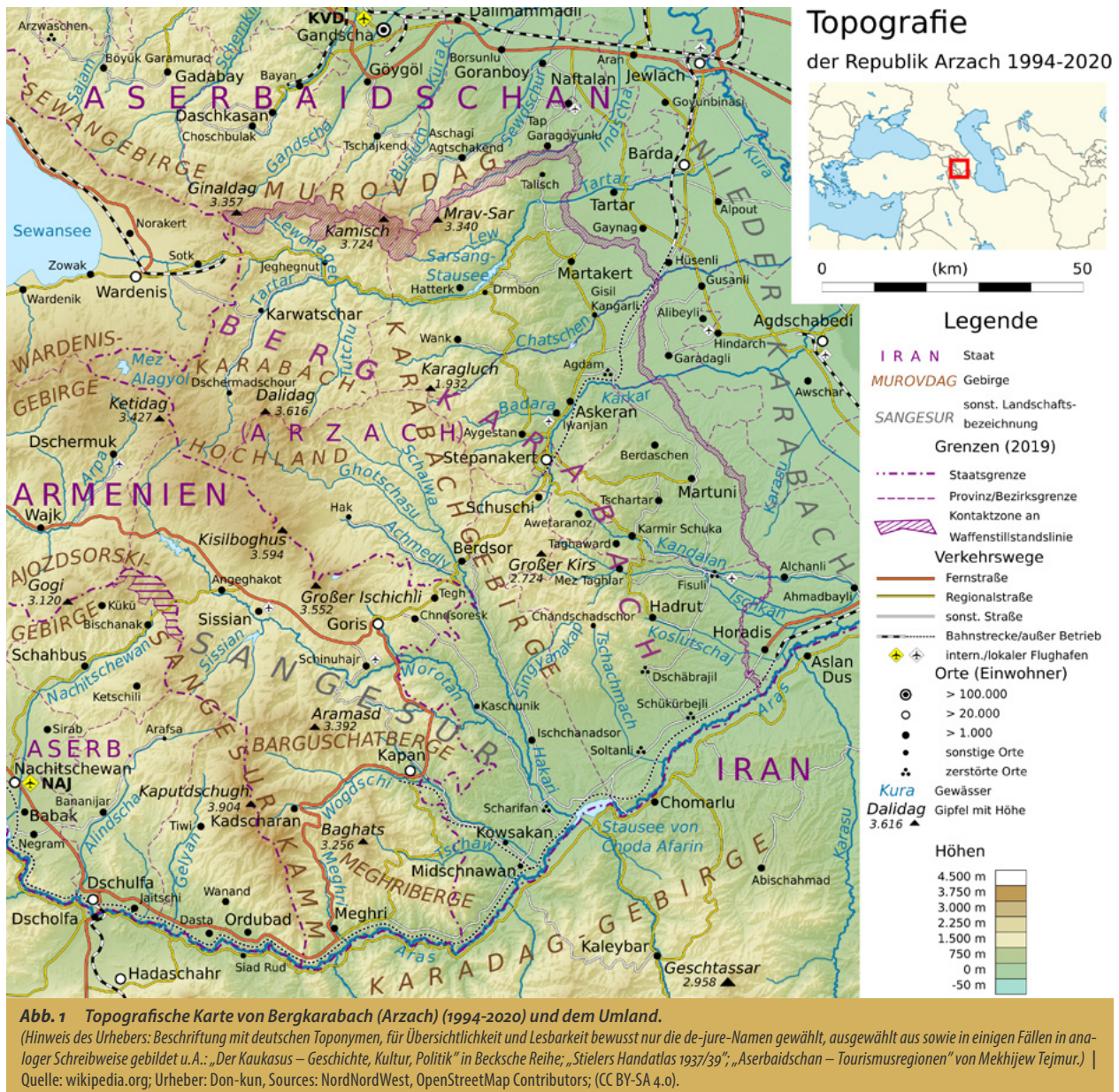
In der Sowjetunion hatte Bergkarabach den unfreiwilligen Status einer autonomen Oblast (NKAO, *Nagorno-Karabakh Autonomous Oblast*) in der Aserbaidschanischen SSR. Ermutigt vom Geist der Liberalisierung unter Michail Gorbatschow, drängte die lokale Verwaltung der NKAO seit 1988 in Moskau auf die Vereinigung mit der

benachbarten Armenischen SSR, was in den letzten Jahren der Sowjetunion zu blutigen Pogromen auf armenischer und aserbaidschanischer Seite führte. Kurz vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion, im Herbst 1991, erklärte das armenisch geführte Bergkarabach seine Unabhängigkeit von Aserbaidschan. Nach dem Rückzug der sowjetischen Sicherheitskräfte Ende 1991 führte die Unabhängigkeitserklärung zu einem umfassenden Krieg zwischen dem neuen unabhängigen Aserbaidschan und der international nicht anerkannten Republik Bergkarabach, der bis 1994 dauerte, fast 8 000 Todesopfer forderte und Zehntausende zur Flucht zwang.

Armenien war in diesem Krieg keine offizielle Kriegspartei – und doch war die politische und militärische Unterstützung Bergkarabachs und die Verbundenheit zur Enklave sehr stark. Gleichzeitig war sich Jerewan schon damals der eigenen vulnerablen Position bewusst – sowohl gegenüber Baku, das bereits zu Sowjetzeiten militärisch besser ausgestattet war, als auch gegenüber der mit Aserbaidschan sympathisierenden Türkei, die Jerewan seit dem Jahr 1993 mit der Schließung der gesamten türkisch-armenischen Grenze für die Unterstützung der Karabacher Separatisten sanktionierte. Entsprechend erlaubte Jerewan Moskau einen Teil der nun russischen Streitkräfte im Land zu belassen – woraus sich die heutige Militärbasis in Gjumri entwickelte – und trat bereits in der Gründungsphase 1993/94 dem von Moskau geführten Militärbündnis Organisation des Vertrags über Kollektive Sicherheit (OVKS) bei.

¹ Bergkarabach („Nagornyj Karabakh“) ist die armenische Bezeichnung der Region; seit 2016 wird offiziell allerdings der historische Name „Arzach“ benutzt. Die aserbaidschanische Bezeichnung ist Karabach.

² Siehe „Zentralasien und Kaukasus“, Metis-Studie Nr. 15 (November 2019).



Dies erwies sich zum damaligen Zeitpunkt als ein geschickter Schachzug: Armenien, und damit auch Bergkarabach als verlängerter Arm der armenischen Staatsregierung, profitierte fortan von stark vergünstigten Preisen für russisch produziertes militärisches Equipment und genoss Rückendeckung für die eigenen nationalen Interessen. Entsprechend sah der von Moskau im Jahr 1994 vermittelte Waffenstillstand zwar keinen Zusammenschluss von Bergkarabach und Armenien vor, etablierte die ehemalige Oblast aber als einen de facto unabhängigen Staat mit einer selbst ernannten Regierung in Stepanakert – und erlaubte den Armenischen Streitkräften auch, die Kontrolle über das während des Krieges

zusätzlich eingenommene Territorium (ca. 14 Prozent der Gesamtfläche Aserbaidschans, zusätzlich zum umstrittenen Karabach, das ca. 6 Prozent darstellt) zu behalten.³ Zu

³ Während der armenischen Okkupation wurden in diesen Gebieten die aserbaidschanischen Städte und Dörfer, sowie auch die kulturell-religiösen Stätten, teilweise sogar Gräber, bis auf den Grund zerstört. Aserbaidschan revanchierte sich dafür in der autonomen Republik Nachitschewan, einer von Armenien, dem Iran und der Türkei umschlossenen aserbaidschanischen Exklave, wo armenisches Kulturerbe, samt wertvoller Denk- und Grabmäler ebenfalls systematisch vernichtet wurde.



diesem Zeitpunkt hatte das öl- und gasreiche, jedoch von gravierender innenpolitischer Instabilität und dem post-sowjetischen sozioökonomischen Verfall geschwächte Aserbaidschan keine andere Wahl als diese Niederlage zu akzeptieren.

Dies änderte sich jedoch zweieinhalb Dekaden später, als Aserbaidschan unter seinem seit 2003 autoritär regierenden Präsidenten Ilham Alijew relative politische Stabilität und energieexportbasierten ökonomischen Wohlstand erlangte. Aserbaidschan hat heute das vierthöchste Bruttoinlandsprodukt (BIP) der GUS-Region (Gemeinschaft Unabhängiger Staaten) und ist ein gefragter Exporteur von Rohöl und Erdgas. Einen bedeutenden Teil der Exportdevisen investiert Baku in den Rüstungshaushalt, welcher seit 2014 kontinuierlich wächst und mit 5,4 Prozent Anteil am BIP der fünfthöchste weltweit ist. Entsprechend modern ausgestattet ist das Militär des Landes sowohl bei der konventionellen Grundausrüstung, die (noch) vornehmlich russischer Herkunft ist, aber auch im Bereich der unbemannten Luftverteidigung – Kampfdrohnen (UAVs) und Lenkwaffen, die vornehmlich aus Israel und der Türkei kommen. Im Jahr 2010 festigte Präsident Alijew die traditionell sehr enge bilaterale Beziehung zur kulturell, religiös und ethnisch verwandten Türkei – laut den Präsidenten beider Länder sind Aserbaidschan und die Türkei „eine Nation in zwei Staaten“ – auch militärisch im Rahmen des Vertrags über strategische Partnerschaft und gegenseitige Unterstützung.

Armenien hingegen blieb in den letzten drei Dekaden wirtschaftlich wie militärisch ausschließlich an Moskau gebunden – und damit in beiderlei Hinsicht weit unter dem Niveau Aserbaidschans. Das BIP Armeniens ist das viertniedrigste der GUS; es verfügt über keine Exportindustrie von internationaler Bedeutung und deckt einen Großteil seines Energiebedarfs durch Gasimporte aus Russland. Darüber hinaus wird Jerewan seit den 1990er Jahren von Aserbaidschan und der Türkei aus den lukrativen, von der EU und den USA geförderten Energie-, Handels-, und Transportkorridoren der Region konsequent ausgeschlossen; seine Grenzen sind zu 80 Prozent für Handel und Transit blockiert.

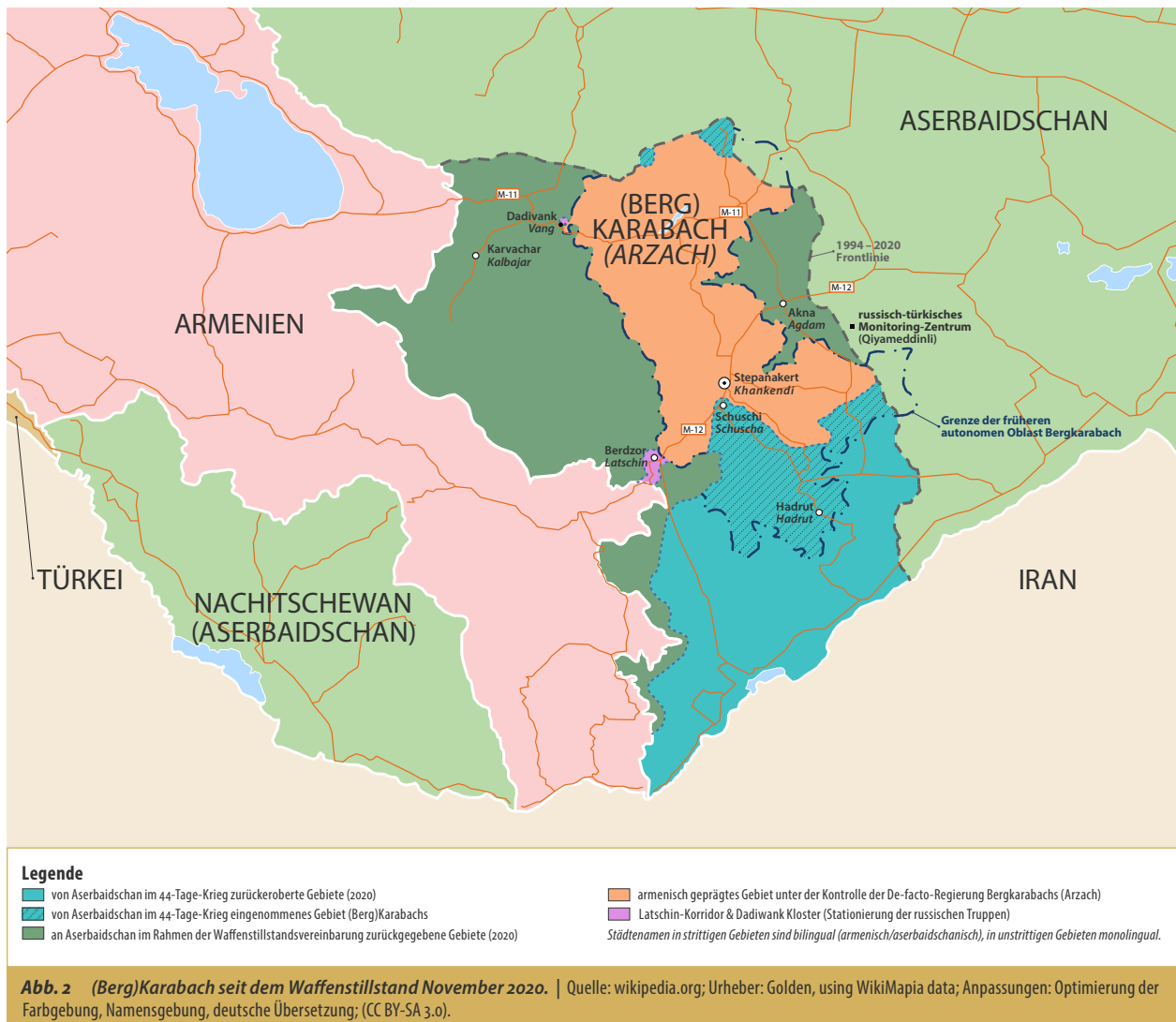
Auch im Rüstungsbereich bleibt Armenien trotz der (theoretisch) engen Kooperation mit Russland im Rahmen der OVKS vergleichsweise rückständig; die Beschaffung moderner russischer Waffensysteme wurde zwar in den letzten Jahren vereinbart, allerdings noch nicht umgesetzt. Entsprechend zehrt Jerewan nach wie vor mehrheitlich von sowjetischer und bereits überholter russischer Ausrüstung und Infrastruktur. Mit der „samtenen Revolution“ von 2018, im Zuge derer der liberal(er) ausgerichtete und an Zusammenarbeit mit der EU interessierte Nikol Paschinjan an die Macht kam, vollzog Armenien zwar eine politische Wende. Diese führte jedoch zu scharfer Kritik aus Moskau und zu einer postwendenden Erhöhung des Preises für russisches Gas – und stellte so die Weichen für die heutige geopolitische Situation.

Der „44-Tage-Krieg“ (2020)

Der zweite Bergkarabachkrieg im Herbst 2020 führte die militärische – und damit auch die entwicklungsökonomische – Diskrepanz zwischen den beiden post-sowjetischen Republiken anschaulich vor Augen, ebenso wie die politische Bedingtheit von Russlands sicherheitspolitischer Unterstützung.

Die seit dem Waffenstillstand 1994 herrschende fragile Balance brach am 27. September 2020, nachdem Aserbaidschan eine Militäroffensive begann, welche bis zum 10. November tausende Soldaten und hunderte Zivilisten auf beiden Seiten das Leben kostete sowie zehntausende Vertriebene, vornehmlich armenischer Herkunft, hinterließ. Im Zuge dieser mit u. a. modernen türkischen und israelischen Kampfdrohnen, Sensoren und Lenkwaffen geführten Offensive, die am Boden von schweren konventionellen Waffensystemen sowie protürkischen, in Syrien kampferfahrenen Söldnern unterstützt wurde, eroberte Baku nicht nur fast alle in den Jahren 1993–1994 verlorenen aserbaidschanischen (nichtkarabacher) Territorien zurück, sondern auch ein Drittel der umstrittenen Region selbst – inklusive der sowohl für Armenien als auch für Aserbaidschan historisch und kulturell bedeutenden, und damit symbolisch (aber auch strategisch) wichtigen Stadt Schuscha (armenisch Schuschi) in der südlichen Provinz Hadrut, die unmittelbar an Stepanakert grenzt.

Nach 44 Kriegstagen vermittelte Moskau den Waffenstillstand – mit der impliziten Unterstützung der USA und Frankreichs im Rahmen der Minskgruppe. Der von Moskau durchgesetzte Friedensplan („9-Punkte-Plan“) vom 9. November 2020 sah die offizielle Rückgabe der in den Jahren 1993–1994 durch Armenien eingenommenen nichtkarabacher Territorien an Aserbaidschan vor, die Rückkehr von Geflüchteten und Vertriebenen und die Öffnung der Transitkorridore in und aus der Konfliktzone. Im Gegensatz zum Waffenstillstand des Jahres 1994 sollte dieser allerdings mit einer knapp 2 000 Mann starken russischen Friedenstruppe gesichert werden. Stationiert wurde diese weitestgehend auf dem verbliebenen armenisch kontrollierten Bergkarabacher Territorium, mit Ausnahme des nun aserbaidschanischen Latschin-Korridors, welcher die separatistische Provinz mit Armenien verbindet. Auch die mit Aserbaidschan verbündete Türkei beanspruchte für sich ein militärisches Friedensmandat in der Region; entsprechend vereinbarten Ankara und Moskau ein russisch-türkisches Monitoring-Zentrum in der neu eingenommenen Region Agdam. Somit schuf dieser Krieg nach über 30 Jahren neue Grenzen und neue geopolitische Realitäten, einen klaren Gewinner und einen ebenso klaren Verlierer und warf nicht zuletzt die Frage auf, wie ein enger Bündnispartner der damals noch stabilen zweitgrößten Militärmacht der Welt diesen Krieg so desaströs hatte verlieren können.



Regionale Implikationen

Aserbaidschan

Die Regierung Ilham Alijews ist aus dem zweiten Bergkarabachkrieg politisch gestärkt und als klarer Sieger hervorgegangen. Baku entwarf im Frühjahr 2022 einen eigenen „5-Punkte-Vorschlag“ zur Beilegung des Konflikts, welcher beide Staaten unter anderem zur gegenseitigen Anerkennung der jeweiligen territorialen Integrität, zur gegenseitigen Aufgabe von Gebietsansprüchen, zur Gewaltfreiheit bei der Lösung von Streitfragen sowie zur nochmaligen Prüfung und etwaigen Neumarkierung der 2020 verhandelten Grenzen ebenso wie zur Öffnung von geschlossenen Transportverbindungen in der Region verpflichtet. Im Gegensatz zu früheren Entwürfen von Seiten Russlands oder der Minskgruppe erwähnte dieser Vorschlag die Möglichkeit eines autonomen Status für die Provinz nicht mehr.

Seine neue Position der Stärke festigte Baku nicht nur durch die Einladung an Ankara, in der Region mit einer Friedensmission aktiv zu werden, sondern auch durch die Intensivierung des Kontakts mit dem Westen – insbesondere mit der EU, die ohnehin an dieser geostrategisch hochrelevanten Region schon lange interessiert ist. Für Baku wurde damit die Konfliktlösung in Karabach der Bestandteil eines europäischen Gesamtpaketes, welches laut europäischen Dokumenten auch ökonomisch profitabel (und damit die geostrategische Unabhängigkeit des Landes absichernde) Themen wie die Steigerung der Energieimporte, den allgemeinen Ausbau von Transport- und Handelsinfrastruktur, sowie Investitionen von bis zu 60 Millionen Euro bis zum Jahr 2024 und Wirtschaftshilfen im Wert von 2 Milliarden Euro bis zum Jahr 2026 beinhaltet.

Darüber hinaus nutzte Baku den Aufwind des Sieges, um die Grenzen des eigenen Handelns auszutesten: Bereits seit Dezember 2020 probierte Baku mit konstanten,



wenn auch „geringfügigen“ militärischen Aktionen, den Waffenstillstand zu brechen. Besonders anschaulich zeigte sich das neue militärische Selbstbewusstsein im Mai 2021, als aserbaidschanisches Militär zum ersten Mal die Grenze zum armenischen (nichtkarabacher) Territorium überschritt, sowie im Herbst 2022, als aserbaidschanische Streitkräfte zunächst – im August 2022 – Kampfhandlungen nördlich vom Latschin-Korridor initiierten und dann – im September 2022 – wieder entlang der regulären aserbaidschanisch-armenischen Grenze aktiv wurden, ca. 10 Quadratkilometer armenischen Territoriums einnahmen und bis zu 2500 Zivilisten vertrieben. In beiden Fällen wahrte Moskau „Neutralität“: Der erste Vorgang wurde von den russischen Friedenstruppen nicht effektiv sanktioniert, während der zweite lediglich zur Entsendung einer russischen „Faktenfindungsmission“ in die Region führte, nicht aber zum von Jerewan geforderten militärischen Beistand im Rahmen der OVKS. Tatsächlich beließen die regionalen „Friedensmächte“ Moskau und Ankara sowohl die bisherigen Brüche des Waffenstillstandes als auch die Beschädigung der territorialen Integrität Armeniens durch Aserbaidschan bis heute de facto konsequenzfrei und bestärkten so Präsident Alijew zumindest implizit in seiner offensiven Politik.

Nichtsdestotrotz: Die Position Aserbaidschans wurde zwar durch den Krieg und durch die neu hinzugekommenen Akteure deutlich verbessert, doch bis dato ist der Status Bergkarabachs nach wie vor ungeklärt und das traditionell um strategische Unabhängigkeit bemühte Land muss im zurückeroberten Latschin-Korridor russisches Militär auf nationalem Boden dulden – etwas, das Baku seit 1992 erfolgreich vermeiden konnte. Tatsächlich bleibt der Konflikt also weiterhin eingefroren, diesmal zwar zugunsten Aserbaidschans – aber diesen, für Aserbaidschan vorteilhaften Status Quo sichert Moskau, nicht Baku.

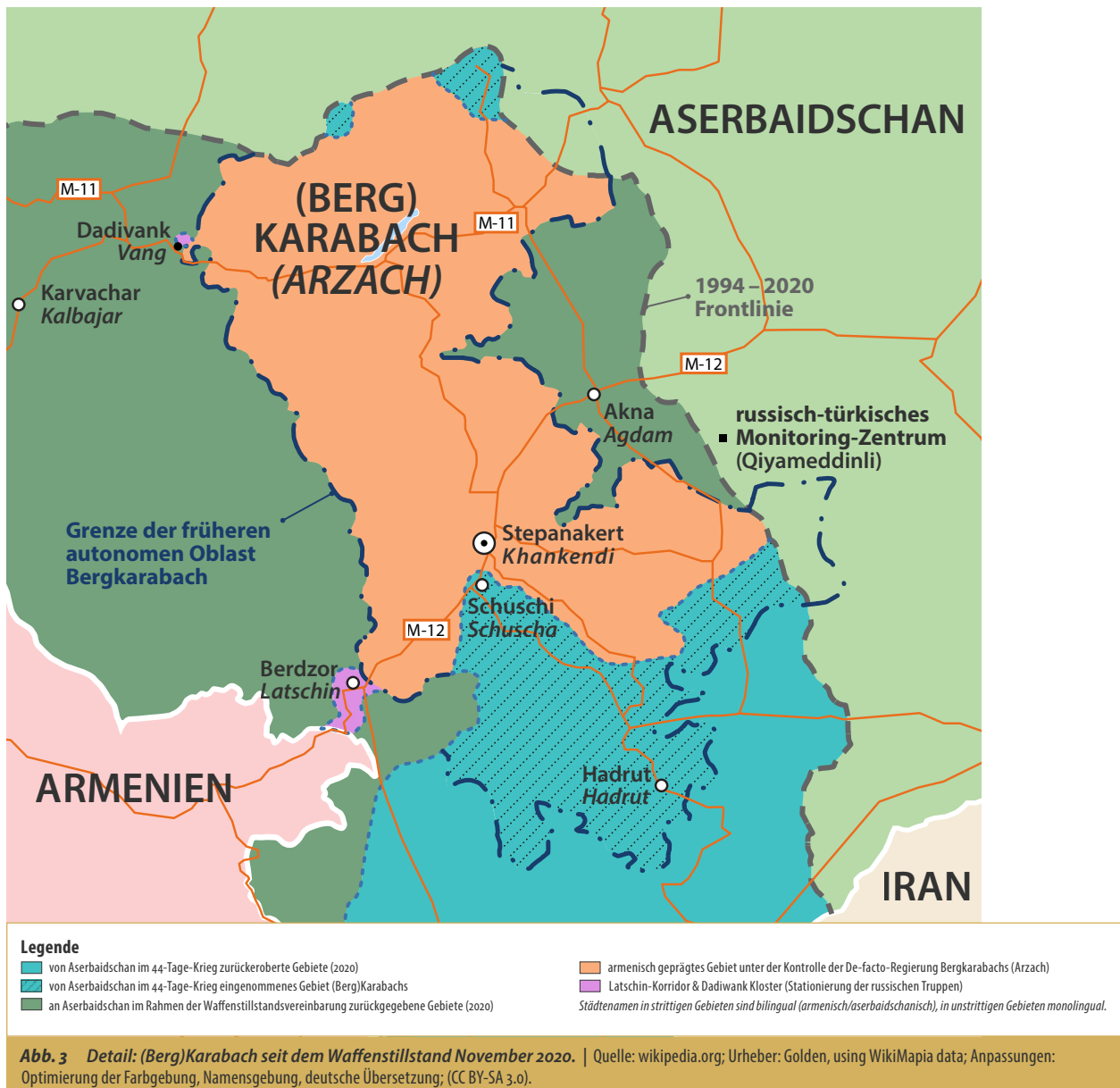
Armenien

Armenien musste im Krieg eine schwere militärische und politische Niederlage hinnehmen: Die Waffenstillstandsvereinbarung wurde in politischen Debatten im und außerhalb des Landes als Kapitulation eingestuft; die De-facto-Regierung Bergkarabachs verlor die Kontrolle über weite Teile der von ethnischen Armeniern bewohnten und historisch wie kulturell bedeutsamen Stätten, ebenso wie über die im Zuge des ersten Kriegs eingenommenen aserbaidschanischen Territorien, was seinerseits tausende Vertriebene auf armenischer Seite produzierte. Das verbleibende armenisch geprägte Territorium wird seit dem Waffenstillstand von russischen Friedenstruppen gesichert, deren tatsächlich friedensschaffende (das heißt: Baku militärisch im Zaum haltende) Fähigkeiten von Stepanakert und Jerewan immer wieder infrage gestellt werden. Zudem verschärfte die Niederlage die bestehende regionale (und damit sozioökonomische) Isolation des Landes. Entsprechend stürzte das Land in eine schwere Regierungskrise.

Aufgrund mangelnder politischer Alternativen konnte der zunächst als „Verräter“ gebrandmarkte Premierminister Paschinjan sich bisher an der Macht halten, obwohl (oder gerade weil) er zur Lösung des Konflikts einen dezierten anderen Weg als seine Vorgänger verfolgt: Er ist bereit, den von Baku vorgelegten Friedensplan anzunehmen und damit Aserbaidschans Souveränität über Karabach anzuerkennen und Bergkarabach als armenisch geprägtes Territorium aufzugeben. Bisher äußerte die Regierung um Paschinjan lediglich die Erwartungshaltung, dass Baku sich im Gegenzug verpflichtet, die „Rechte und Freiheiten der armenischen Bevölkerung“ vor Ort effektiv zu schützen. Jerewan verspricht sich von der Vereinbarung die Aufhebung der diplomatischen, geopolitischen und wirtschaftlichen Isolation durch Aserbaidschan und die Türkei und damit die Integration Armeniens in bestehende und neue regionale Infrastrukturprojekte; es verspricht sich auch mehr Entwicklungshilfe und Investitionen aus dem Westen (bspw. im Rahmen des europäischen Global Gateway Projekts) und dem Osten (Chinas Seidenstraßeninitiative) sowie eine Linderung der Abhängigkeit vom mittlerweile international geächteten und aus armenischer Perspektive vor Ort ohnehin nicht mehr hilfreichen Moskau.

Entsprechend bereitet Paschinjan das Land auf eine post-karabacher Zukunft vor, indem er Armenien in der Region neu positioniert und den Konflikt zu internationalisieren versucht. So nahm seine Regierung im Frühjahr 2022 das Gespräch mit der Türkei über die Normalisierung bilateraler Beziehungen auf, und bereits im Sommer wurde die gemeinsame Grenze zunächst für Staatsangehörige von Drittländern sowie für Luftfracht geöffnet. Auch gegenüber Teheran öffnete sich Paschinjan verstärkt und verhandelt nun über die Intensivierung bilateraler Energie-, Infrastruktur-, und Handelsbeziehungen. So einigten sich die Regierungen im November 2022 darauf, die derzeit gehandelten Mengen der bilateralen Energietauschvereinbarung – iranisches Gas für armenische Elektrizität – in den nächsten Jahren zu verdoppeln; sie vereinbarten auch weitere iranische Investitionen in die armenische Energie- und Transportinfrastruktur und besprachen zum ersten Mal auch die Möglichkeit iranischer Vermittlung im Konflikt.

Ähnliche Gespräche führt Paschinjan auch, und besonders intensiv, mit Brüssel – dort liegen die Hoffnungen Jerewans. Wie gegenüber Baku ist auch hier der Frieden eingebettet in ein größeres, ökonomisch profitables Paket: Investitionen, Wiederaufbauhilfen, Konnektivität, Digitalisierung, aber auch Klimaschutz und Demokratie sind zentrale Themen; Armenien soll zu diesem Zweck bis 2026 2,6 Milliarden Euro von der EU erhalten. Auf dieser Grundlage haben auch die USA im September 2022 ihre diplomatischen Bemühungen gegenüber Jerewan erhöht, mit der Erwartungshaltung, dass das Land bis Ende 2022 ein Friedensabkommen mit Aserbaidschan unterzeichnet,



und damit Aserbaidschans Souveränität über Karabach anerkennt. So wurde im Oktober 2022 der Beschluss von Prag zwischen Armenien, Aserbaidschan, der EU und Frankreich gefasst, welcher die gegenseitige Anerkennung der territorialen Integrität der jeweiligen Länder festschreibt, ebenso wie die unmittelbare Entsendung einer 40 Mann starken Beobachtermission in die armenisch-aserbaidschanische Grenzregion.

Trotz der substanziellen finanziellen Anreize ist Paschinjans Kurs in Armenien und Bergkarabach hoch umstritten. Erst Ende Oktober 2022 gingen knapp 40 000 Menschen in Stepanakert auf die Straße, um gegen die „aserbaidschanisch-europäisch-amerikanische“ Vereinbarung zu protestieren – und damit gegen die effektive

Beendigung des Konflikts. Paschinjan ist sich der schwierigen Lage seines Landes im Nachgang zum verlorenen Krieg bewusst – und ebenso dem hohen Risiko von Friedensverhandlungen: Es besteht entweder die historisch einschneidende Möglichkeit, Bergkarabach nachhaltig aufzugeben und damit nicht nur die faktische Auflösung des armenischen Lebens dort einzuleiten, sondern auch die der bestehenden nationalen Identität Armeniens. Alternativ besteht die Möglichkeit, den Konflikt weiterhin eingefroren zu lassen – den Frieden also aufzuschieben. Die erste Option würde Moskaus Fußabdruck im Konflikt substanziell reduzieren (bei Beilegung des Konfliktes würde die juristische Grundlage für Moskaus „Friedenseinsatz“ wegfallen) und damit die ohnehin stark



angespannte Beziehung Armeniens zu Russland weiter belasten – und potenziell auch die Sicherheit Armeniens gefährden. Die zweite Option geht einher mit düsteren Aussichten für Armeniens politisch-ideelle wie wirtschaftliche und militärische Emanzipation von Russland, mit einem Nichtzustandekommen regionaler Integration und möglicherweise auch dem Verlust von Geldern aus dem Westen – und bietet trotzdem keine Garantie für Armeniens Sicherheit oder das Fortbestehen eines armenisch geprägten Bergkarabach.

(Berg)Karabach und der Russland-Faktor: Empfehlungen für Deutschland und die EU

Bis zum Jahr 2018 befand sich der Konflikt um (Berg)Karabach jenseits der Konfrontationsachse zwischen Russland und „dem Westen“. Das änderte sich durch den Regierungsantritt von Nikol Paschinjan und dem zumindest anvisierten liberalen Regimewechsel in Jerewan, welcher über eine Reihe von Kettenreaktionen zu der heutigen geopolitischen Sackgasse führte. Tatsächlich wäre eine Niederlage Armeniens von diesem Ausmaß nicht denkbar gewesen, wenn eine loyale Regierung, die die Interessen Moskaus berücksichtigt und auch im ideell-politischen Bereich vom gemeinsamen sowjetischen Erbe zehrt, an der Macht gewesen wäre. Insofern war die Duldung der aserbaidischen Offensive und die im Nachgang zur Schau gestellte Neutralität ein Teil des „pädagogischen Konzeptes“, welches Moskau gegenüber allen „abtrünnigen“ Republiken der postsowjetischen Sphäre in der einen oder anderen militärischen Form verfolgt (mit Ausnahme der baltischen NATO-Mitglieder). Die kaum verschleierte Hoffnung des Kremls war, dass die Niederlage in Karabach Paschinjan das Amt kosten würde (ebenso wie ein parallel angehobener Gaspreis), und so einen politischen Wandel zurück – hin zu den in der Region eigentlich etablierten, patrimonial-autoritär und moskaufreundlich geprägten politischen Strukturen – erzeugen würde. Hier hat sich das russische Regime allerdings verkalkuliert: Die politische „Neutralität“ seit Herbst 2020 trieb die wider Erwarten an der Macht gebliebene Regierung nicht in die Arme Moskaus, sondern in die von Ankara, Teheran und insbesondere Brüssel und Washington – und ermöglichte so überhaupt erst die Öffnung der Region für alternative Vermittlungsplattformen auf Kosten Moskaus und die Aussicht auf einen aus russischer Sicht unerwünschten Frieden.

Dieser Zustand ist gefährlich, insbesondere vor dem Hintergrund des Ukrainekriegs, der die bestehenden Spannungen in der Region zusätzlich verschärft. Wird Bergkarabach zu einem weiteren Spielball in der Konfrontation zwischen Russland und dem Westen, droht eine „Ukrainisierung“ des Konfliktes: Moskau ist derzeit zwar militärisch geschwächt, verfügt aber nach wie vor sowohl im Rahmen der OVKS als auch durch die Militärbasis in Gjumri (und die „Friedensmission“) über militärische Ressourcen, um

den Konflikt eskalieren zu lassen – in der Hoffnung, dass dies alle beteiligten Akteure daran erinnert, die Interessen Moskaus in der Region nicht zu vergessen. Darüber hinaus lässt sich auch die armenische Bevölkerung, innerhalb Armeniens und besonders innerhalb Bergkarabachs, im Einklang mit Moskaus Bedürfnissen instrumentalisieren. So haben letztere Wladimir Putin erst Ende Oktober 2022, im Rahmen der Demonstrationen in Stepanakert, dazu aufgerufen, sie vor aserbaidischen Gewalt zu schützen. Zwar sind sie keine ethnischen Russen, aber doch Teil der russisch-sprachigen, orthodoxen Welt. Sie fallen somit auch unter Putins neue außenpolitische Doktrin vom September 2022, welche den Schutz ebendieser auch jenseits russischer Grenzen prioritär stellt (und bereits effektiv seit den 1990er Jahren praktiziert wird). Eine nachhaltige Lösung des Konfliktes unter Ausschluss Russlands ist entsprechend in jeder Hinsicht äußerst schwierig – was Moskau wohlbewusst ist. Die postsowjetische Nachbarschaft ist elementar für Russlands Selbstverständnis als internationale Groß- und regionale Ordnungsmacht, entsprechend offensiv kann die Reaktion auf eine Westernisierung des Karabachkonfliktes ausfallen.

Infolgedessen legt die neue Vermittlerrolle besonders der dann langfristig in der Region gebundenen EU eine große ordnungspolitische Verantwortung auf: Dazu gehört, das sich derzeit stark, unantastbar und auch straffrei wahnende Baku „einzufangen“ und etwaige militärische und auch humanitäre Provokationen, insbesondere gegenüber der armenischen Bevölkerung in Bergkarabach aber auch in den Grenzgebieten Armeniens zu unterbinden (bei gleichzeitiger Anerkennung der Tatsache, dass Armeniens jahrzehntelange Okkupation zumindest der nichtkarabacher Gebiete Groll produziert hat, der nun, bei neuen Machtverhältnissen, seine Wirkung entfaltet). Dazu gehört auch, die einseitige Aufwertung Bakus aufgrund Europas derzeitiger Energienotlage, wie beispielsweise im August 2022 im Rahmen des Besuchs der Kommissionspräsidentin geschehen, zu unterlassen – denn dies schwächt zusätzlich die ohnehin äußerst schwache Verhandlungsposition Jerewans in diesem Konflikt und schädigt die Glaubwürdigkeit der EU als fairer Vermittler.

Auch sollte die Rolle Ankaras klar formuliert und in einer potenziell entstehenden Friedensordnung verschriftlicht werden, um Armeniens genuine Integration in regionale Strukturen zu gewährleisten und gegenseitiges machtpolitisches Auspielen zwischen den involvierten Akteuren zu vermeiden. Nicht zuletzt sollte überlegt werden, ob die Friedensvereinbarung unbedingt bis Ende 2022, wie von Außenminister Blinken anvisiert, unterzeichnet werden muss. Wird Jerewan in einen innenpolitisch und auch gesellschaftlich unerwünschten „schnellen Frieden“ gedrängt, besteht die Gefahr, dass dieser bereits die Saat späterer revisionistischer Konflikte in sich trägt – insbesondere, wenn Moskau weiter durch die Bevölkerung oder anderweitig eskaliert. In diesem Zusammenhang bleibt



die Frage nach einem autonomen Status für Bergkarabach und der damit einhergehende Schutz der armenischen Bevölkerung vor Ort friedenspolitisch und verhandlungstaktisch relevant, ebenso wie die Frage nach erneuter Grenzziehung.

Die EU verfügt über wirksame, da in der Region äußerst nachgefragte Instrumente, um zur Lösung des Konflikts um Bergkarabach beizutragen. Dazu gehören ökonomische Anreize wie Entwicklungszusammenarbeit, Investitionen und Teilhabe an intraregionaler Konnektivität sowie der bevorzugte Zugang zum europäischen Markt. Dazu gehört auch ihre jahrzehntelange Expertise im Bereich der regionalen Integration, der Handelskoordination, der Rechtsstaatlichkeitsentwicklung und, nicht zuletzt, bei der Umsetzung vertrauensbildender Maßnahmen. Sollten Jerewan und Baku zu einer einvernehmlichen, von Brüssel und den USA oder auch der Minskgruppe vermittelten Lösung finden, kann (und sollte) die EU die Einhaltung dieser Vereinbarung im Rahmen einer umfangreicheren Beobachtermission unterstützen. Analog zur EUMM (*European Union Monitoring Mission*) in Georgien und EUBAM (*European Union Border Assistance Mission to Moldova and Ukraine*) in der Republik Moldau könnte die Karabacher Mission den Schutz der Zivilbevölkerung in der Provinz

und in den Grenzregionen sowie die sichere Rückkehr der Vertriebenen unterstützen; die effektive Integration Armeniens in regionale Infrastruktur sicherstellen; und – wie es bereits im ganz Kleinen geschieht – die Einhaltung des Waffenstillstandes begleiten. In dieser Hinsicht kann Deutschland, als ein Mitglied der Minskgruppe, eine federführende Rolle spielen, wie bereits auch schon beim Aufbau der EUMM im Nachgang zum von Paris vermittelten Waffenstillstand zwischen Russland und Georgien: Im Gegensatz zu dem traditionell mit Armenien verflochtenen Paris verfügt Berlin über genuine Äquidistanz und damit über Glaubwürdigkeit gegenüber den beteiligten Parteien – sowie über einen nicht zu unterschätzenden ökonomischen und politischen Einfluss, der auch gegenüber Ankara, Teheran und, in begrenzterem Umfang, auch Moskau gilt.

Bei allem legitimen Optimismus zu dem von Brüssel, Paris und auch Washington gebotenen Mehrwert hinsichtlich einer Konfliktresolution und trotz Russlands derzeitiger Schwäche als regionale (und überregionale) Ordnungsmacht: Die nach wie vor bestehenden Machtverhältnisse legen es nahe, eine allseits akzeptable und nachhaltige Lösung des Konfliktes nicht nur in Baku und Jerewan, sondern auch in Moskau zu suchen.

IMPRESSUM**Herausgeber**

Metis Institut
für Strategie und Vorausschau
Universität der Bundeswehr München
metis.unibw.de

Autorin

Dr. Luba von Hauff
metis@unibw.de

Creative Director

Christoph Ph. Nick, M. A.
c-studios.net

Bildnachweis

Titel: Photo by Marek Piwnicki on Unsplash

ISSN-2627-0587

Dieses Werk ist unter einer Creative Commons Lizenz
vom Typ Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine
Bearbeitungen 4.0 International zugänglich.

